

Bauernverbandsspitze im gesellschaftlichen Abseits

Kritik kommt auch aus den eigenen Reihen

von Eckehard Niemann

Die vom Deutschen Bauernverband (DBV) zu erledigende Aufgabe wurde im Vorfeld des Bauerntages 2016 in Hannover von DBV-Präsident Joachim Rukwied deutlich formuliert: »Wir müssen unsere Konzepte nach vorne bringen«, so Rukwied, und »auf Verbraucher und Gesellschaft zugehen«.¹

Das Ergebnis des Bauerntages sieht jedoch ganz anders aus, wie ein Bericht vom Bauerntag aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) deutlich macht: »Der Bauerntag lieferte Szenen wie von einem anderen Stern. [...] Während aus der Lebenswelt der meisten Bürger klar scheint, dass sich Landwirtschaft in ihrem Umgang mit Nutztieren, aber auch Landschaft [...] umstellen muss, ergossen sich Funktionäre und Delegierte in kaum gehemmter Wut über Nichtregierungsorganisationen und Medien. Man nimmt sie als Sündenbock für die Launen des Zeitgeists und beweist sich das, indem man mit Worten Zerrbilder in den Saal projiziert. Ein fieser Zeitungsartikel vor Monaten, eine bedeutungslose Tierrechtsgruppe, die im Internet Freude über den Tod eines Bauern im Tierstall äußerte – tausendmal durchgekaut. Seht her, wie übel sie sind! So grenzten sich in Erfurt Bauernfunktionäre von anderen Perspektiven auf ihre Industrie ab und sehen nicht, dass auch ihr technischer Blick auf Pflanze und Tier nicht die ganze Wahrheit sein muss. Wer aber Schwächen nicht zugeben kann, offenbart selbst Schwäche und Angst [...]. Nur mit Souveränität und Ehrlichkeit werden die Bauern wieder geliebt werden [...]«.² So kommentierte Jan Grossarth in der ja gewiss nicht bauernverbandsgegenerischen FAZ den Bauerntag.

Und in dem begleitenden FAZ-Artikel berichtete er über »die Funktionäre«, die »Metaphern aus der Welt des Krieges« boten. Die Bauern wurden als »die Verfolgten des Regimes« bezeichnet und der »psychologische Krieg« des grünen Landwirtschaftsministers von Schleswig-Holstein, Robert Habeck, sowie eines ebenfalls anwesenden ZEIT-Journalisten seien verantwortlich dafür, dass »junge Leute nicht mehr Landwirt werden wollten«. Der thüringische Bauernverbandspräsident Gumpert vertrat die Auffassung, »wenn anderswo Flüchtlinge ertränken, solle man nicht über Schweineställe reden«. Und Rukwied wird mit den Worten zitiert, Umweltschutz sei »sanfte Enteignung«.³

Die Schaffung oder überdimensionierte Verstärkung von gesellschaftlichen Feindbildern ist seit jeher ein Lebenselixier der Bauernverbandsspitzen, um die Mitgliederbasis – trotz bauernschädlicher und bauernverdrängender Politik für Raiffeisen, Ernährungskonzerne und Agrarindustrie – bei der Stange zu halten und durch diese »Wagenburg-Mentalität« von fehlender Interessenvertretung für Bauernhöfe abzulenken.

Interne Kritik aus dem Bauernverband

Aber diese Masche verfängt angesichts langandauernd ruinöser Erzeugerpreistaler bei Milch, Schweinen oder Getreide auch bei vielen Bauernverbandsmitgliedern nicht mehr – auch nicht auf dem Erfurter Bauerntag. So schreibt die Vorsitzende des Kreisverbands Münster im Westfälisch-Lippischen Bauernverband, Susanne Schulze Bockeloh, in einem Kommentar für das *Landwirtschaftliche Wochenblatt Westfalen-Lippe*: »Eine tatsächliche Aufbruchstimmung, verbunden mit Zielen, Aufgaben oder Veränderungen, hat mir leider gefehlt. [...] Nach mei-

Bauerntag:

»Szenen wie von einem anderen Stern«(FAZ)

Rukwied:

Umweltschutz ist »sanfte Enteignung«

ner Einschätzung ist für eine klare Kante sogar eine vorangegangene analytische Bewertung der eigenen Position Voraussetzung. Der Bauerntag wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die unterschiedlichen Ansichten auszuloten, um die ›eine Stimme‹ zu stärken und den Verband und unsere Landwirtschaft weiter in die Zukunft zu führen. [...] Das Motto des Bauerntages war ›Veränderung gestalten‹, dieses Motto hätte ich gerne mehr in den Inhalten des Bauerntages wiedergefunden. Antworten auf die Fragen: Was muss verändert werden, was nicht, und warum? Und wenn, wie gestalten wir die Veränderungen? Wo sind wir auf diesem Weg? Ich hätte mir mehr Mut bei diesen Fragen gewünscht.«⁴

Mehr Mut gewünscht

Der stellvertretende Chefredakteur des Wochenblatts, Matthias Schulze Steinmann, kommentiert: »Im kleinen Kreis warb mehr als ein Delegierter dafür, auch die Problembereiche der heutigen Landwirtschaft offen zu benennen und anzugeben. [...] Die offene Bühne war hingegen stellenweise vom Gegenteil des ausgelobten Dialogs geprägt – vom Lagerdenken und Worten der Abgrenzung. Redner erwähnten den Tod von Flüchtlingen in einem Atemzug mit Diskussionen ums Tierwohl. Zahlreiche Delegierte, darunter der Präsident selbst, ließen sich zu Medienschelte hinreißen. Kritische Äußerungen, wie die der SPD-Politikerin Ute Vogt oder des ZEIT-Redakteurs Andreas Sentker, wurden mitunter einfach ausgepiffen. Auch für Landwirte gilt: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, vergisst, dass dabei drei Finger auf ihn selbst gerichtet sind.«⁵

Kritiker ausgepiffen

Neben der Kritik aus dem eigenen Verband zitiert das Wochenblatt auch einen Kommentar des Norddeutschen Rundfunks. »Viele Bauern stehen vor dem Burn-out: Sie arbeiten unter der Dauerkritik einer empörten Öffentlichkeit und bekommen gleichzeitig immer weniger Geld für ihre Produkte. Sie sollen ihre Tiere besser behandeln und die Natur schützen und gleichzeitig weltmarktfähig produzieren. Nicht nur den kleinen Höfen droht die Pleite, sondern auch den modernen Großbetrieben, die viel in neue Ställe und Stalltechnik investiert haben. Trotzdem fordert der Bauernpräsident: Bitte keine staatliche Einmischung und Bevormundung, der Markt soll es regeln. Wir produzieren für den Markt – und ihr, Politiker und Konsumenten, redet uns nicht rein. Denn ihr habt ja eh keine Ahnung. Aber so einfach geht das nicht. Denn es geht um das Leben von Tieren, es geht um die Natur und um unsere Gesundheit. Und die schützt der Markt nicht. Deshalb sollten die Bauern nicht mehr Markt fordern, sondern mehr Regeln für diesen Markt. Gute Preise für gute Landwirtschaft, dafür müssen sich die Bauern stark machen!«⁶

»Nicht mehr Markt, sondern mehr Regeln für den Markt fordern«

Überschuss- und Weltmarktstrategien für die Ernährungsindustrie

Genau dazu, nämlich zum eigentlich originären Einsatz einer Interessenvertretung für faire, kostendeckende und gewinnträchtige Erzeugerpreise, gab es in der Erfurter Rede von Bauernverbandspräsident Rukwied nichts, sondern ganz im Gegenteil sogar Rechtfertigungen für diese ruinösen »Preistäler«, für den dadurch noch verschärften »Strukturwandel« und für die Agrarindustrialisierung. Fast schon zynisch klingen die ablenkenden Ausführungen Rukwieds: »Die aktuelle desaströse Erzeugerpreissituation rückt das Thema ›Markt als Risiko‹ in den Mittelpunkt. Richtig, Markt ist ein Risiko. Fest steht, der Markt bietet auch Chancen. Als Bauern müssen wir uns aber fragen, ob es andere Risiken für den Fortbestand unserer Betriebe gibt, die dieses überlagern? Viel bedrohlicher für die Zukunftssicherung der Landwirtschaft sind die politischen Risiken, die aus gesellschaftlichen Diskussionen entstehen.«⁷

Zynische Ablenkung von den eigentlichen Problemen

Die Milchbäuerin oder der Schweinehalter, die infolge der – von Molkerei- und Schlachtkonzernen und auch Bauernverband angeheizten – Überschussproduktion jahrelang Erzeugerpreise weit unter Kostenniveau erzielen und ihren Hof schließen müssen, dürften solche Behauptungen als Hohn empfinden. Das gilt angesichts der vielfältigen Vorschläge und ersten Ansätze für preisstabilisierende Mengenreduzierungsprogramme ebenso für die Behauptung Rukwieds: »Es wäre vermessen zu sagen, dass irgendjemand den Ausweg aus der aktuellen Marktkrise kennt.« Die Preiskrise habe nicht nur Ursachen im »Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage«, sondern die »Hauptursache für die Marktsituation« seien politische Entscheidungen, »Nahost und Afrika betreffend« und das Russlandembargo.

Die Interessen der Molkerei- und Schlachtkonzerne an niedrigen Rohstoffkosten für eine perspektivlose Weltmarktstrategie lassen ebenso grüßen wie die vielen Bauernverbandsfunk-

tionäre mit gut bezahlten Posten in Gremien der Ernährungsindustrie. Und statt Strategien für eine Abkehr von der ruinösen Überschussproduktion vorzulegen, fordert Rukwied abermals finanzielle Unterstützungszahlungen, die den Bauern nicht wirklich helfen und zugleich in der Öffentlichkeit so wahrgenommen werden, den Bauern werde jetzt ja »wieder mal« mit Subventionen geholfen.

Aber all das kommt nicht mehr gut an bei vielen Mitgliedern, die unter den langandauernden Niedrigpreisen leiden und weder mit dem Gerede von den »Weltmarktchancen« noch mit Erklärungen zur »Volatilität der Märkte« (»natürliche Schwankungen der Weltmarktpreise«) hingehalten werden können. Die Bauernverbandsspitze, die diese Überschussproduktion mit forciert hat, versucht deshalb eine vorsichtige, wenn auch nur verbale Distanzierung: Beim Bauerntag behauptete Rukwied sogar, man habe zunächst Widerstand gegen die Abschaffung der Milchquote und die Weltmarktorientierung geleistet – dann aber entschieden, »diesen Widerstand aufzugeben und den Markt anzunehmen – im Wissen um die Risiken. Aufgrund dieser politischen Entscheidungen ist Deutschland heute Teil des europäischen Marktes und des Weltmarktes«.

Die Wahrheit sieht anders aus. Um nur einige wenige Belege anzuführen: Beim Deutschen Bauerntag 2007 in Bamberg setzte die Bauernverbandsspitze einen Beschluss für die Abschaffung der Milchquote durch – gegen 25 Prozent der Delegierten, die aber die Mehrheit der Milcherzeuger im Bauernverband repräsentierten. Rukwieds Vorgänger Sonnleitner betonte damals, der Wegfall der Quotenbeschränkungen erhöhe die Exportchancen.⁸ Sonnleitner äußerte sich auch 2008 zur damals erst geplanten Abschaffung der Milchquote, »dass europäische Milcherzeuger ohne Milchquote zurecht kämen, die Perspektiven der Milcherzeuger seien auch ohne Quoten gut« – angeblich wegen des »weltweiten Absatzes«.⁹

Rukwied selbst machte sich beim Bauerntag 2013 gegen französische Vorschläge einer Mengensteuerung stark – weil man Eingriffe in den Markt ablehne und weil sonst jene Bauern bestraft würden, »die ihre Strukturen angepasst haben und erfolgreich für den Weltmarkt produzieren«.¹⁰ Auch die systematische Produktion über die Quote hinaus wurde von Molkereien und Bauernverband gedeckt und Landwirte sogar entsprechend ermuntert, obwohl die EU-Kommission weiter an der Superabgabe für Überschussmengen festhielt. Das begründet eine Mitschuld der Bauernverbandsspitze für die dann anhängigen Strafzahlungen der damaligen sog. »Amok-Melker«.

Gerade der Vizepräsident des Bauernverbands, Werner Hilse, war nicht nur als Aufsichtsratsvorsitzender der mittlerweile aufgelösten Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) ein politischer Einheber für eine strategische Weltmarktausrichtung. Unter der Überschrift »Export als Schlüsselfaktor für die deutsche Agrarwirtschaft« berichtet z. B. der Bauernverband Schleswig-Holstein¹¹ über entsprechende Positionierungen »hochrangiger Branchenvertreter bei den Marketingtagen der CMA«: Sonnleitner rief auf, »Zukunftsmärkte in den Wachstumsregionen der Erde frühzeitig zu besetzen«. Der Chef des Raiffeisenverbands Manfred Nüssel und Nordmilch-Aufsichtsrat Otto Lattwesen (später Aufsichtsratsvorsitzender der DMK-Großmolkerei) stimmten die Bauern darauf ein, dass »Erfolge auf den internationalen Märkten« und die »Erschließung neuer Märkte« beträchtliche Investitionen der Unternehmen und einen »langen Atem« erforderten.

Politik des Bauernverbands ruiniert Bauernhöfe

Diese »beträchtlichen Investitionen« der Exportmolkereien gingen denn auch zu Lasten der Auszahlungspreise der Milchbauern. Die Globalisierungsideologie der Milchwirtschaftsmanager führte schließlich nach Ende der Quote zu der »schlimmsten Milchkrise aller Zeiten« – so der niedersächsische Landesbauernverbands-Vize Albert Schulte to Brinke.¹² Wie beim Fleisch kann es nur ein Irrweg sein, mit Sojaimporten hierzulande massive Überschüsse (mit entsprechenden Umweltwirkungen) zu erzeugen und diese – zu deutschen Kosten und Standards erzeugten – Übermengen dann zu den Billigpreisen der brasilianischen, amerikanischen oder neuseeländischen Konkurrenz unter Kosten an unsichere Märkte in Russland oder China zu verscherbeln.

Trotzdem will die Bauernverbandsspitze an diesem ruinösen Weg festhalten. Rukwied beim Bauerntag: Durch eine Branchenorganisation, die die Macht der Molkereien gegenüber den

Geschichtsklitterung der Bauernverbandsspitze

Die Wahrheit sieht anders aus

Festhalten an ruinösem Weg

Milchbauern noch weiter ausbauen würde, sollten »neue Märkte« erschlossen werden – mit eingeforderter »Anschubfinanzierung« des Bundes.

**Schwindende Akzeptanz
bei den Mitgliedern**

Diese verfehlte und bauernschädliche Ausrichtung auf die Interessen von Raiffeisen, Milch-wirtschaft und Schlachtkonzernen wird auch bei den Bauernverbandsmitgliedern zunehmend kritisiert. Es schwindet die Akzeptanz des Geredes von einer »Wertschöpfungsketten-Partnerschaft« mit den »Marktpartnern« der »abnehmenden Hand«, wonach man auf die Interessenvertretung gegenüber Molkereien und Schlachtunternehmen verzichten könne und diese sogar unterstützen müsse – weil deren spätere Gewinne ja an die Bauern weitergereicht werden würden. Die Gründung und Arbeit des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM), die konsequentere Interessenvertretung der Schweinehalter im Rahmen ihres ISN-Verbandes oder auch die Aktivitäten der Rübenanbauer-Verbände begrenzen und gefährden die einstige Monopolstellung des Bauernverbands.

**Austreten aus dem
Bauernverband?**

Umso mehr versucht die Bauernverbandsspitze, die Mitgliederbasis durch heftige Angriffe auf Umwelt- oder Tierschutzverbände bei der Stange zu halten. Gegenüber deren Kritik an Agrarindustriellen und Agrarfabriken wird immer wieder behauptet, dies richte sich gegen sämtliche Landwirte und Tierhalter. Viele Landwirte lassen sich so vom Bauernverband ins Boot der Agrar-Industrie ziehen – also gerade jener Lobby, die immer mehr Bauernhöfe direkt verdrängt oder durch Überschussproduktion unter Preisdruck setzt.

**Eintreten für eine
neue Politik**

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Bäuerinnen und Bauern ist nach wie vor hoch, aber auch zunehmend gefährdet, solange diese nicht selber einen klaren Trennungsstrich ziehen – nach dem Motto »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«. Agrarpolitische Maßnahmen wie die baurechtlichen Einschränkungen des vom Bundesbauministerium geplanten Intensivtierhaltungs-Gesetzes oder die Filtererlasse betreffen ja keineswegs die mittelständisch-bäuerlichen Strukturen, sondern stützen diese sogar gegenüber dem Vordringen der Agrarindustrie. Ebenso wichtig ist es, dass manche Umwelt- und Tierschutzorganisation oder die Bioverbände eine ebenso klare Differenzierung vornehmen – anstelle einer pauschalen oder unsachlichen Positionierung gegen konventionell wirtschaftende Landwirte.

Was wäre die Perspektive für eine wirkliche Interessenvertretung von Bauernhöfen und für eine Mitwirkung und Mitgestaltung durch möglichst viele Bäuerinnen und Bauern bei der bereits laufenden Agrarwende? Austreten aus dem Bauernverband wäre sicher nicht verkehrt. Eintreten für eine neue Politik für »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« ist aber ganz sicher unumgänglich.

Anmerkungen

- 1 Nähere Informationen zum Bauerntag finden sich unter www.bauernverband.de/bauerntag-2016.
- 2 J. Grossarth: Paranoia der Bauern. In: FAZ vom 26. Juni 2016.
- 3 J. Grossarth: Wütende Bauernkrieger. In: FAZ vom 26. Juni 2016.
- 4 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, Münster, 27/2016.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Deutsche Bauern-Korrespondenz dbk 7/2016 – gekürzte Fassung auf der Internetseite des Deutschen Bauernverbands (www.bauernverband.de/dbk-07/2016). Die weiteren Zitate Rukwieds sind dieser Rede entnommen.
- 8 Siehe Handelsblatt vom 20. Juni 2007.
- 9 Siehe top agrar Österreich vom 20. Mai 2008.
- 10 Siehe top agrar vom 26. Juni 2013.
- 11 Bauernverband Schleswig-Holstein, 10. Dezember 2008 (www.bauernverbandsh.de/aktuelle-meldungen_aktlink_index_29_20911_167_archiv.html).
- 12 Im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 10. Oktober 2016.



Eckehard Niemann

Diplomagraringenieur und Experte für Probleme der Agrarindustrie, insbesondere im Bereich der Tierhaltung

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbützel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de